

## ZUR SACHE

Zurück bleiben  
nur Verlierer

Der ehemalige Zürcher SVP-Nationalrat Bruno Zuppiger hat mit einer ihm anvertrauten Erbschaft eigene Rechnungen bezahlt. Ein Gericht hat ihn nun wegen Veruntreuung verurteilt. (Seite 5)

Vom Bundesratskandidaten zum verurteilten Betrüger: Bruno Zuppiger ist tief gefallen. Die SVP Schweiz trägt daran eine Mitschuld. Sie hatte den Nationalrat im Dezember 2011 im Eiltempo auf den Schild gehoben, ohne ihn davor auf Herz und Nieren zu prüfen. Dabei wären Hinweise auf Zuppigers zweifelhaftes Rechtsverständnis vorhanden gewesen. Vom Vorwurf, im Zürcher Gewerbeverband Misswirtschaft betrieben zu haben, war er offiziell zwar entlastet worden. Er hatte aber zumindest in der Kantonssektion den Ruf, an die Grenzen des Erlaubten zu gehen. Daher war Zuppiger nie für den Zürcher Regierungsrat oder für den Ständerat nominiert worden, obwohl er entsprechende Ambitionen hegte.

Dass ihn die SVP-Parteispitze 2011 dennoch als Bundesratskandidaten portierte, ist unverständlich. Immerhin hat sie damit rechnen müssen, dass die Medien den Aspiranten gründlich durchleuchten werden. Zu denken geben sollte der Fall aber auch den Mitte-Links-Parteien, die sich von Zuppigers jovialer Art haben einnehmen lassen. Weil er nicht stramm auf Parteilinie politisierte, haben sie ihn als Kandidaten immer wieder ins Spiel gebracht.

Zurück bleiben nach dem gestrigen Urteil nur Verlierer und die Erkenntnis, dass Kandidaten mit grösster Sorgfalt geprüft werden müssen. Nur so lassen sich schwarze Schafe erkennen und am Aufstieg hindern. Dass in der Schweiz offenbar trotz unredlicher Machenschaften eine veritable politische Karriere möglich ist, ist jedenfalls alarmierend. *Eveline Rutz*  
eveline.rutz@tagblatt.ch

## PRESSESCHAU

Lance Armstrong legt in einer noch nicht ausgestrahlten Talkshow ein umfassendes Doping-Geständnis ab.

**Neue Zürcher Zeitung** Er wird Millionen zurückzahlen und sich wegen Meineids verantworten müssen. Doch Armstrong hat in der Vergangenheit gezeigt, welch skrupelloser Taktierer er ist. Als solcher wird er in der TV-Sendung geschickt ein paar Emotionen zeigen – und letztlich glaubhaft als Reuiger dastehen. Als einer, dem sich die Reduktion seiner lebenslänglichen Sperre als Option eröffnet und der gleichzeitig wieder ein Stück Deutungs-hoheit über seinen Fall gewinnt. Der notorische Lügner und Manipulator als Sieger? So absurd es auch klingt: Ein öffentlich inszeniertes Geständnis macht's möglich.

**TagesAnzeiger** Wenn Lance Armstrong bei Oprah Winfrey sein Gewissen erleichtert, steht der Radsportler in einer langen amerikanischen Tradition: Er bedient sich der Fernsehbeichte, um öffentlich Reue zu zeigen und das TV-Publikum und letztlich die Nation um Vergebung zu bitten. Fast immer ging das Kalkül auf: Man gestand, bat um Vergebung – und hoffte, den oder die Fehlritte hinter sich gelassen zu haben.

## TAGBLATT

**Gesamtverantwortung:** Daniel Ehrat

**Chefredaktion:** Philipp Landmark (Chefredaktor); Silvan Lüchinger (Stellvertreter Chefredaktor); Jürg Ackermann (Blattmacher); Bruno Scheible (Blattmacher)  
Erweiterte Chefredaktion: David Angst (Leitung Thurgauer Zeitung); Andreas Nagel (Leitung St. Gallen/Gossau); Andreas Bauer (Dienstchef)

**Verlag und Druck:**

St. Galler Tagblatt AG, Fürstenlandstrasse 122  
Postfach 2362, 9001 St. Gallen. Telefon 071 272 78 88

**Verlagsleiter:** Urs Bucher

**Verkaufte Auflage:** WEMF 2012 115 623 Ex.

**Inserate:** Publicitas AG, Fürstenlandstrasse 122,  
9001 St. Gallen. Tel. 071 221 00 21, Fax 071 221 03 30  
www.publicitas.ch – E-Mail: tagblatt@publicitas.ch

**Anzeigenleiter:** Raphael Jud

## KOPF DES TAGES

## Der Moderator im Sinkflug



Thomas Gottschalk muss sich wegen Schleichwerbung rechtfertigen.

Bild: dapd/Jan Woitas

Happige Vorwürfe gegen Deutschlands beliebtesten Showmaster. Der «Spiegel» berichtete am Montag, dass Thomas Gottschalk in einen Schleichwerbung-Skandal verwickelt sei. Gottschalk habe zusammen mit der Firma Dolce Media seines jüngeren Bruders Christoph gegen Millionensummen verbotene Werbung im ZDF-Fernsehklassiker «Wetten, dass...» plaziert. Seitdem reissen die Enthüllungen nicht ab. Es geht um Autos von Daimler Chrysler und Audi, die Solarenergie-Firma Solar World sowie den mittlerweile insolventen Stromanbieter Teldafax, alle soll Gottschalk unlauter angepriesen haben. Es geht um widerrechtliche redaktionelle Eingriffe, konkrete Regieanweisungen, die Dolce Media mit den Unternehmen für die Fernseh-sendung abgeschlossen habe.

Nun will sogar das Schweizer Bundesamt für Kommunikation den Vorwürfen nachgehen. Schliesslich war das Schweizer Fernsehen bis vor einem Jahr Co-Produzent von «Wetten, dass...». Und laut Art. 10 Abs. 3 des Bundesgesetzes ist Schleichwerbung in Radio und Fernsehen verboten.

**Charmeurl für Millionen**

Als Zuschauer reibt man sich verwundert die Augen. Sie sassen doch alle bei ihm auf der Couch. Stars, Sternchen, Sportlegenden. Fast ein Vierteljahrhundert lang dominierte er den deutschen Fernseh-Samstagabend. In gewagten Outfits wickelte er charmant ein Millionenpublikum um den Finger. Und sein Millionenpublikum hat ihn dafür geliebt. Wurde mit ihm gross – die einen erwachsen, die anderen alt. Mochte die Welt da draussen im Chaos versinken, die eine Konstante war ge-

## PODIUM

## Der Gegenvorschlag wirkt besser

Am 3. März stimmen Volk und Stände über die Abzocker-Initiative ab. Nach den Befürwortern kommen heute die Gegner zu Wort.

Die ganze Welt beneidet uns in diesen wirtschaftlich stürmischen Zeiten um unsere leistungsfähige Wirtschaft. Wer aber schafft und erhält Arbeitsplätze in unserem Land? Es sind die innovativen und wettbewerbsfähigen Unternehmen. Was sie zum Erfolg brauchen, ist die Freiheit, sich individuell den Bedingungen des Marktes anzupassen. Dazu gehören auch ihre individuelle Organisation und Vergütungspolitik. In einzelnen Unternehmen – ich betone: in einzelnen – haben jedoch gewisse Manager ihre Freiräume leider ausgenutzt. Diese Selbstbedienungsmentalität auf Kosten der Eigentümer gilt es zu verhindern.

**Entmündigung der Aktionäre**

Nun will Ständerat Thomas Minder zu diesem Zweck ein starres Regelkorsett für alle börsenkotierten Unternehmen einführen: eine Pauschal-lösung, welche ihre Anpassungsfähigkeit sensibel einschränkt und so Arbeitsplätze gefährdet. Solche Zwangsbestimmungen stärken die Aktionärsrechte nicht. Im Gegenteil: Damit wird den Aktionären die Freiheit genommen, eigenständig über die Gestaltung ihrer Firma zu bestimmen. Dies kommt einer Entmündigung der Aktionäre gleich. Es macht keinen Sinn, wegen der Masslosigkeit einer Handvoll Manager nun alle grösseren Unternehmen mit unsinnigen Auflagen zu bestrafen. Alleine in der Ostschweiz wären rund 20 grosse Unternehmen betroffen.

Im Gegensatz dazu verschafft der indirekte Gegenvorschlag des Parlaments den Aktionären – also den Eigentümern – dank Vergütungsregelung und Vergütungsbericht die Möglichkeit, massgeschneiderte Grundsätze der Vergütungspolitik festzulegen und ihre Einhaltung direkt zu kontrollieren. Zusätzlich können Aktionäre mit dem Gegenvorschlag übertriebene Boni des Verwaltungsrates oder der Geschäftsleitung einfacher zurückfordern, was bei der Minder-Initiative nicht der Fall wäre. Deshalb wirkt der Gegenvorschlag besser und direkt gegen Boni-Exzesse. Daher steht sogar die äusserst kritische Stiftung Ethos hinter dem Gegenvorschlag.

Der Gegenvorschlag tritt quasi in Kraft, sobald die Minder-Initiative abgelehnt wird. Dabei stärkt er die Aktionärsrechte unmittelbar auf Gesetzes-ebene (statt wie die Minder-Initiative mit vageren Verfassungsgrundsätzen) und ist deshalb sofort umsetzbar. Das erspart weitere endlose Diskussionen und schafft Rechtssicherheit für alle.

Die Minder-Initiative geht übrigens weit über Vergütungsfragen hinaus. So sieht sie einen Stimmzwang für Pensionskassen vor. Das ist nicht praktikabel, denn wie kann eine Pensionskasse im Unternehmen aktiv mitbestimmen, wenn die Interessen der Versicherten auseinanderdriften oder unklar sind? Deshalb wollen auch die Pensionskassen selbst die Initiative nicht.

men, wenn die Interessen der Versicherten auseinanderdriften oder unklar sind? Deshalb wollen auch die Pensionskassen selbst die Initiative nicht.

**Unverhältnismässige Strafen**

Problematisch sind auch die in der Initiative geforderten Strafbestimmungen: Führungskräften droht demnach eine Haftstrafe von bis zu drei Jahren oder Bussen in der Höhe von sechs Jahresgehältern, wenn sie die Bestimmungen der Initiative nicht umsetzen. Das ist nicht nur weltweit einmalig, sondern unverhältnismässig – mit negativen Konsequenzen auf den Wirtschaftsstandort Schweiz. Welche Führungskraft möchte noch Verantwortung übernehmen, wenn sie damit schon mit einem Bein im Gefängnis steht?

Der indirekte Gegenvorschlag ist eine vernünftige und wirksame Lösung gegen die Lohnexzesse der Vergangenen. Aktionäre konnten sich bislang zu wenig gegen die Selbstbereicherung von Managern wehren.

Der indirekte Gegenvorschlag füllt nun diese Gesetzeslücke mit scharfen, aber angemessenen Mitteln. Sie stärkt dabei die Eigentümer – denn diese haben ja ein ureigenes Interesse daran zu verhindern, dass sich Manager auf ihre Kosten selbst bedienen. Die Minder-Initiative hingegen schießt übers Ziel hinaus: Sie kriminalisiert die gesamte Chefetage, engt wirtschaftlich erfolgreiche Unternehmen gefährlich ein und vergisst dabei, die Aktionärsrechte grundlegend zu stärken. Sagen wir deshalb Nein zur Minder-Initiative und damit Ja zum indirekten Gegenvorschlag.



Andrea Caroni  
Nationalrat (FDP/AR)

wiss: «Wetten, dass...» mit Thomas Gottschalk.

Als in seiner Live-Sendung am 4. Dezember 2010 Wettkandidat Samuel Koch beim Versuch, ein fahrendes Auto zu überspringen, gegen dieses knallte, bewusstlos liegen blieb und gelähmt aufwachte, da gab Gottschalk seinen Rücktritt bekannt. Eine Nation war betrübt. Und rätselte monatelang, wer denn bitte schön in diese unermesslich grossen Fussstapfen treten könnte. Gottschalk gab eine Abschiedsvorstellung nach der anderen, erreichte traumhafte Einschaltquoten und die gewohnten Feuilleton-Verrisse. Dann begann sein Abstieg.

**Tele 5 sucht Sendeformat**

Seine Talksendung im ARD-Vorabendprogramm dümpelte im mageren Prozentbereich, bis sie nach nur sechs Monaten im Juni 2012 eingestellt wurde. Anschliessend sass Gottschalk neben Dieter Bohlen in der RTL-Casting-Show «Das Supertalent». Jetzt steht er in Verhandlungen mit dem unscheinbaren Privatsender Tele 5, Geschäftsführer Kai Blasberg sucht nach einer Idee für Gottschalks Spätphase: Der brauche endlich eine Sendung, mit der er zeigen könne, «wie geil er eigentlich ist».

Der 62-Jährige hat derweil andere Sorgen. Über seinen Anwalt lässt Gottschalk ausrichten, es treffe ihn schwer, dass der «Spiegel» den Eindruck erwecke, er habe aufgrund von Verträgen oder Gewinnstreben den verunglückten Samuel Koch bei der Auswahl des Autos für die Wette beeinflusst. Die Firma seines Bruders betont, zu keinem Zeitpunkt Rechtsvorschriften verletzt zu haben. Auf den Fernsehrat des ZDF wartet viel Arbeit. *Julia Nehmiz*

## LEXIKON

## Avenir Suisse

Avenir Suisse ist ein Think Tank. Als unabhängige Institution mit liberaler Ausrichtung engagiert sich die «Denkfabrik» für die gesellschafts- und wirtschaftspolitische Entwicklung der Schweiz – seit 13 Jahren. Avenir Suisse wurde 1999 von 14 internationalen Schweizer Firmen ins Leben gerufen. Nach ersten Erfahrungen beschloss der Stiftungsrat, die Aktivitäten zeitlich

avenir suisse  
think tank for economic  
and social issues

unbefristet weiterzuführen. Dazu wurde der ursprünglich geschlossene Kreis der Stifter geöffnet, um sowohl die ideale als auch die finanzielle Basis der Stiftung zu verbreitern.

Heute wird Avenir Suisse von über hundert Förderern aus allen Branchen und Regionen, von Privatpersonen und Firmen unterstützt. Die liberale Grundhaltung wird insbesondere auch durch den gebürtigen Vorarlberger Gerhard Schwarz verkörpert. Der 61-jährige Direktor des Think Tanks leitete früher die Wirtschaftsredaktion der «Neuen Zürcher Zeitung».

Avenir Suisse macht sich zur Aufgabe, frühzeitig relevante Themen zu definieren, Denkanstöße zu geben und Lösungsvorschläge aufzuzeigen. Im vergangenen Herbst beispielsweise kritisierte die vor allem in linken Kreisen umstrittene Denkfabrik die «staatliche Umverteilungsmaschine», die den Mittelstand vermehrt in Richtung Unterschicht drücke. (red.) inland 5